



Bildungschancen im Ruhrgebiet

Verschärfte Bedingungen

Bildungsbericht Ruhr 2024: Die Anforderungen an die Region wachsen. Doch es gibt auch Ideen zur gemeinsamen Verbesserung. Wichtige Ergebnisse im Überblick.

Autorin: Caroline Becker | Datum: 31.03.2025

Eine hohe Armutsquote, niedrige Bildungsabschlüsse der Eltern, Kinder, die sprachliche und kulturelle Barrieren überwinden müssen, sowie viele hoch verschuldete Kommunen: Im Ruhrgebiet ist die wirtschaftliche und soziale Lage schon lange angespannt. Auch für Bildungseinrichtungen stellt sie eine immense Herausforderung dar. Um die Entwicklung in der Region auf eine solide Datenbasis zu stellen und so eine chancengerechte Bildung zu stärken, gab der [Regionalverband Ruhr \(RVR\)](#) 2012 erstmals einen Bildungsbericht heraus, der von der Stiftung Mercator gefördert wurde. Er basierte vor allem auf amtlichen Daten. Seit 2020 entwickelt RuhrFutur, gegründet 2013 von der Stiftung Mercator, den Bericht gemeinsam mit dem Regionalverband Ruhr (RVR). Im Dezember 2024 erschien die dritte Auflage, der „[Bildungsbericht Ruhr 2024](#)“.

Er zeigt: Die Verbesserung der finanziellen und sozialen Lage der Familien, die Integration der Zugewanderten und die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Analyse macht deutlich, dass sich diese Herausforderungen nur durch sektor-, kommunen- und organisationsübergreifende Kooperation und Kollaboration bewältigen lassen.

Schließlich hat die wirtschaftliche und soziale Situation im Ruhrgebiet auch Auswirkungen auf die frühe und schulische Bildung. Wie haben sich hier die Zahlen und Fakten seit Erscheinen des ersten Bildungsberichts entwickelt? Die wichtigsten Ergebnisse – und einige Handlungsempfehlungen – im Überblick.

Kernergebnisse im Bereich „Frühe Bildung“:

- Ein Drittel der Kitas im Ruhrgebiet befindet sich in einer herausfordernden Lage.

- Der Anteil von in Kitas oder Tagespflege betreuten Kindern, die eine nicht deutsche Familiensprache sprechen, hat zugenommen (von 26,4 Prozent im Jahr 2013 auf 32,6 Prozent im Jahr 2023).
- Bei den drei- bis unter sechsjährigen Kindern hat sich die Betreuungsquote landesweit und im Ruhrgebiet im vergangenen Jahrzehnt überproportional verschlechtert (von 92,7 Prozent im Jahr 2013 auf 86,5 Prozent im Jahr 2023). NRW-weit liegt die Quote bei 89,7 Prozent (2023).
- Immer mehr Kinder werden ganz **ohne vorherigen Kitabesuch eingeschult** – insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien. 31,4 Prozent der anderssprachigen Einschulungskinder von Eltern mit niedrigem Bildungsstand hatten 2023 weniger als zwei Jahre eine Kita besucht (2017: 12,2 Prozent).
- Der Anteil der deutschsprachigen Einschulungskinder von Eltern mit niedrigem Bildungsstand, die weniger als zwei Jahre eine Kita besucht haben, ist von 5,7 Prozent im Jahr 2017 auf 18,2 Prozent im Jahr 2023 gestiegen.

Potenzielle Handlungsempfehlungen:

- Landesweite Ausgleichsmechanismen müssen geschaffen werden, um finanzschwachen Kommunen dabei zu helfen, sozial schwache Familien bei den Elternbeiträgen für die Kita zu unterstützen.
- Der Ausbau der Infrastruktur frühkindlicher Bildung und Betreuung muss fortgesetzt und intensiviert werden. Dafür müssen auch landespolitische Rahmenbedingungen verbessert werden. Beispielsweise müssen Kommunen und das Land flexibler auf starke Veränderungen bei der Kitaplatznachfrage reagieren können (z. B. mit Konzepten wie „atmenden Kitas/Schulen“, die sich je nach Bedarf vergrößern oder verkleinern).
- Es braucht ein Sofortprogramm, damit alle Kinder im **Jahr vor der Einschulung einen Betreuungsplatz haben** (z. B. mit Brückengruppen, die im Zusammenwirken von Trägern des offenen Ganztags, Kommunen und Schulen eingerichtet werden). Dafür muss auch die Ausbildung von Fachkräften durch neue Konzepte (z. B. zur Gewinnung und Weiterqualifizierung von quereinsteigenden und zugewanderten Personen) weiter verstärkt werden.

Kernergebnisse im Bereich „Allgemeinbildende Schulen“:

- Mehr als ein Drittel aller Grundschulen im Ruhrgebiet sind in einer herausfordernden Lage angesiedelt.
- Generell ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen seit dem letzten Bildungsbericht 2018 um knapp 10 Prozent gestiegen. Durch den Lehrkräftemangel und Stagnation im Schulbau stieg gleichzeitig auch der Anteil der Klassen, die die angestrebte Klassengröße überschreiten, von 31,7 Prozent im Jahr 2018 auf 44,9 Prozent im Jahr 2022.

- 34,3 Prozent der Grundschulen und 36,8 Prozent der weiterführenden Schulen im Ruhrgebiet haben den **Sozialindex** 6 oder höher (Skala von 1 bis 9, im Kontext des **Startchancenprogramms** in NRW gelten Schulen ab 6 als Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf).
- Im Ruhrgebiet ist der Anteil nicht deutscher Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen von 18,2 Prozent im Jahr 2018 auf 21,9 Prozent im Jahr 2022 gestiegen, in der Sekundarstufe 1 in der Hauptschule von 36,7 Prozent im Jahr 2018 auf 50,4 Prozent im Jahr 2022. Somit ist die Integrationsaufgabe auch hier gewachsen. Das Gymnasium ist bei Weitem am wenigsten betroffen.
- In allen Fächern und Kompetenzbereichen bleibt das Ruhrgebiet hinsichtlich der Leistungen hinter den anderen Landesteilen zurück – und das in allen Schulformen.
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen **ohne einen Abschluss** verlassen, ist seit dem letzten Bildungsbericht im Jahr 2020 weiter angestiegen, insbesondere an Hauptschulen. Mehr als ein Drittel der ersten Schulabschlüsse wird inzwischen nachträglich an einem Berufs- beziehungsweise Weiterbildungskolleg vergeben.

Potenzielle Handlungsempfehlungen:

- Die Stärkung des **Übergangsmagements** von der frühen zur schulischen Bildung und der Basiskompetenzen muss die Priorität aller relevanten Akteurinnen und Akteure werden – insbesondere der Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen.
- Das **Startchancenprogramm** ist hierbei bereits eine große Chance (gut 40 Prozent der Startchancenschulen in NRW liegen im Ruhrgebiet). Um insbesondere die Situation in überfüllten Klassen kurzfristig zu entspannen, sollten Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter und **multiprofessionelle Teams** eingesetzt werden.
- Beim Ausbau des offenen Ganztags im Grundschulbereich sollten Schulen vom Land sozialindexbasiert bezuschusst werden. Darüber hinaus kann die Staffelung der Elternbeiträge je nach Einkommen ein wichtiger Hebel sein, um gleiche Bildungschancen zu schaffen. So könnten beispielsweise Kommunen einkommenschwächere Haushalte noch mehr entlasten.
- Darüber hinaus bedarf es rechtsverbindlicher, evidenzbasierter Mindeststandards für die Arbeit in der Offenen Ganztagschule (OGS).